

**RUSSLANDDEUTSCHE:
Am 70. Jahrestag
der Aussiedlung der Wolgadeutschen**

Im August 2011 sollen in Saratow mehrere Veranstaltungen anlässlich des traurigen Tages im Schicksal der Russlanddeutschen durchgeführt werden: Vor 70 Jahren erschien der Erlass des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR „Über die Übersiedlung der Wolgadeutschen“...



Das Computer-Modell des geplanten Denkmals „An die Opfer der Deportation der Wolgadeutschen“ in Engels, Gebiet Saratow

Appell an die Russlanddeutschen, Leiter der gesellschaftlichen Organisationen von Russlanddeutschen, Zentren deutscher Kultur und der RDH

Sehr geehrte Landsleute!

Am 28. August 2011 kommt es zum 70. Jahrestag seit der Verordnung des Erlasses des Präsidiiums des Obersten Rates der UdSSR „Über die Übersiedlung der Wolgadeutschen“. Die Verabschiedung des Erlasses hat eine tragische Etappe in der Geschichte der Sowjetdeutschen im XX. Jahrhundert ausgelöst, die durch die Vertreibung aller im europäischen Teil der Sowjetunion lebenden Sowjetdeutschen nach Sibirien und Kasachstan gekennzeichnet ist. Binnen einiger Monate wurden etwa 900 Tausend Menschen deportiert, darunter etwa 400 Tausend Menschen aus der Republik der Wolgadeutschen. Die Folgen dieses Erlasses lassen sich bis heute spüren. Die national-kulturelle Autonomie der Wolgadeutschen des Saratower Gebiets zusammen mit der Gebietsregierung, mit Unterstützung von der FNKA der Deutschen Russlands sind beabsichtigt, anlässlich dieses Trauertages im Schicksal der Russlanddeutschen vom 25. bis zum 29. August 2011 eine Reihe von Veranstaltungen im Gebiet Saratow durchzuführen.

Zu den Veranstaltungen in Saratow sollen offizielle Personen von der Regierung der RF, der Bundesregierung der BRD, der Staatsduma und dem Föderationsrat der Föderationsversammlung der RF, namhafte russlanddeutsche und bundesdeutsche Vertreter der Öffentlichkeit und Künstler, Trudarmisten, Aktivisten und Veteranen der russlanddeutschen gesellschaftlichen Bewegung aus Russland und Deutschland eingeladen sein.

In der Reihe von geplanten Veranstaltungen in der Region Saratow ist die Eröffnung des Denkmals „An die Opfer der Deportation der Wolgadeutschen“ in der Stadt Engels hervorzuheben.

Nach dem Konferenzbeschluss des NKA-Rates der Wolgadeutschen im Gebiet Saratow vom 2. Februar 2011 ist die Spendensammlung für das Denkmal „An die Opfer der Deportation der Wolgadeutschen“ gestartet worden.

Alle Russlanddeutschen werden gebeten, Zentren Deutscher Kultur, Russisch-Deutsche Häuser, gesellschaftliche Organisationen der Russlanddeutschen bei der Spendensammlung für das Denkmal zu unterstützen und persönlich daran teilzunehmen. Die Liste mit draufstehenden Namen der Spender soll am Tag der Denkmaleröffnung in einem Kolben am Fuß des Denkmals für ewig eingemauert werden.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüssen

Juri Haar,

Vize-Präsident der FNKA der RD der RF,

Präsident der NKA der Wolgadeutschen im Gebiet Saratow

Der Text wurde von Alexander Arndt, dem Vorsitzenden des Rates der Landsmannschaft der Wolgadeutschen zugeschickt. Ins Deutsche übersetzt von der „Rundschau“-Redaktion.

Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 28.8.1941

«Über die Umsiedlung der Deutschen des Wolgagebietes»

„Entsprechend glaubwürdigen Nachrichten der Militärbehörden befinden sich in den Wolgagebieten unter der dortigen deutschen Bevölkerung Tausende und Zehntausende von Diversanten und Spionen, die auf ein von Deutschland zu gebendes Signal Sabotageakte in den von den Wolgadeutschen besiedelten Gebieten auszuführen haben. Keiner der im Wolgagebiet ansässigen Deutschen hat den Sowjetbehörden die Anwesenheit einer so großen Zahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen gemeldet; infolgedessen verbirgt die deutsche Bevölkerung an der Wolga die in ihrer Mitte befindlichen Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht. Im Falle von Diversionsakten, die auf ein Signal aus Deutschland durch deutsche Diversanten und Spione im Gebiet der Wolgadeutschen ausgeführt werden sollten, wird die Sowjetregierung gezwungen sein, entsprechend den zur Kriegszeit geltenden Gesetzen Strafmaßnahmen gegen die gesamte deutsche Bevölkerung des Wolgagebietes zu ergreifen. Um aber unerwünschte Ereignisse dieser Art zu vermeiden und Blutvergießen zu verhindern, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig befunden, die gesamte deutsche Bevölkerung der Wolgagebiete in andere Gebiete umzusiedeln, und zwar derart, daß den Auswanderern Land zugeteilt werden soll und daß sie bei ihrer Neueinrichtung in den ihnen zugewiesenen Siedlungsgebieten vom Staat zu unterstützen sind. Für Zwecke der getrennten Ansiedlung sind ihnen Ackerbaugelände in den Gauen von Nowosibirsk und Omsk, im Altaigebiet, in Kasachstan und in anderen benachbarten Gegenden zugewiesen worden. Im Zusammenhang damit ist das Staatliche Verteidigungskomitee angewiesen worden, die Aussiedlung der Wolgadeutschen und die Zuweisung von neuem Siedlungsland an die Wolgadeutschen unverzüglich in Angriff zu nehmen.»

(*Nachrichtenblatt des Obersten Sowjets der UdSSR, 1941, Nr. 38*)

Durchführungsverordnung zum Dekret vom 28.8.1941 (Auszug)

„Nach der Haussuchung ist den zur Verbannung bestimmten Personen zu verkünden, daß sie kraft eines Beschlusses der Regierung nach anderen Gebieten der Union verwiesen werden. Bis zur Verladestation wird die ganze Familie in einem Wagen befördert, an der Verladestation müssen jedoch die Familienhäupter in besondere, für sie vorbereitete Eisenbahnwagen verladen werden, die ein zu diesem Zweck eingesetzter Funktionär anweisen wird ... ihre Familien werden nach speziellen Ansiedlungsorten in entlegene Gebiete der Union verschickt. Über die bevorstehende Trennung vom Familienhaupt darf ihnen nichts gesagt werden.»

(*Rigaische Zeitung „Tevija,, vom 20. September 1941*).

Über die administrative Organisation des Territoriums der ehemaligen Republiken der Wolgadeutschen

Im Nachgang zu dem Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Rayons des Wolgagebiets leben,, wird verordnet:

1. Dem Gebiet Saratow werden folgende Rayons der ehemaligen Republik der Wolgadeutschen einverleibt: Balzer, Solotowskij, Kamenskij, Ternowskij, Kuckujs-kij, Seimann, Krasnojarskij, Marxstadt, Krasnokutskij, Lisanderheim, Mariental, Eckheim.

2. Dem Gebiet Stalingrad werden folgende Rayons der ehemaligen Republik der Wolgadeutschen einverleibt: Frank, Erlenbach, Dobrinskij, Pallasowskij, Gmelinskij, Staro-Poltawskij, Ilowatskij.

Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

M. Kalinin

Der Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

A. Gorkin

Moskau, Kreml, 7. September 1941

Der Zweite Weltkrieg und die «Trudarmija»

aus «Volk auf dem Weg. Deutsche in Russland und in der GUS»

Der Zweite Weltkrieg versetzte der deutschen Minderheit als geschlossener Volksgruppe den Todesstoß. Als erste wurden die 45000 Krimdeutschen innerhalb kürzester Frist nach Zentralasien »ausgesiedelt« (ab Juli 1941). Am 28. August 1941 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR einen Ukas über die »Aussiedlung« der Deutschen aus dem Wolgagebiet. Darin wurden die Rußlanddeutschen der aktiven Unterstützung der deutschen Truppen beschuldigt. 340000 Wolgadeutsche wurden in Viehwaggons verfrachtet und unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Sibirien deportiert. Die Männer wurden von ihren Familien getrennt, vor allem Alte, Kinder und Kranke starben. Die Wolgadeutsche Republik wurde aufgelöst. Im Oktober 1941 folgten die Kaukasusdeutschen, im März 1942 die Deutschen aus Leningrad. Insgesamt wurden rund 800.000 Deutsche deportiert, über 400.000 lebten bereits freiwillig oder unfreiwillig im asiatischen Teil der UdSSR. Dort wurden die Frauen mit ihren Kindern verstreut angesiedelt (eigentlich nur notdürftig untergebracht) und einer strengen Aufsicht der Organe der Staatssicherheit (Spezkomendatura) unterstellt. Die Männer zwischen 15 und 60 Jahren und Frauen, die keine Kinder unter drei Jahren hatten, kamen in die »Trudarmija«, wo sie wie Staatsfeinde und Vaterlandsverräter behandelt wurden.

»Trudarmija« heißt in wörtlicher Übersetzung »Arbeitsarmee«; in Wirklichkeit handelte es sich um Zwangsarbeitslager, die von hohen Stacheldrahtzäunen umgeben waren und scharf bewacht wurden. Die Verhältnisse, unter denen die Trudarmisten leben und arbeiten mußten, glichen in ihrer Unmenschlichkeit denen eines Strafgefangenenlagers. Auf dem Weg zur Arbeit wurden sie von Soldaten begleitet, die den strengen Befehl hatten, beim geringsten Verdacht sofort von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Im Lager selbst herrschte völlige Willkür aller möglichen Vorgesetzten. Das Wort »Fritz« in der Bedeutung von »Feind« oder »Faschist« war der übliche Umgangston nicht nur untergeordneter und ungebildeter Menschen, sondern auch der des leitenden Personals am Arbeitsplatz. Unter den unwürdigen Bedingungen, in

Lagern zusammengepfercht, starben die Trudarmisten massenweise vor seelischer Verzweiflung, vor Hunger, Kälte und Schwerstarbeit. Die Trudarmija-Lager wurden erst einige Zeit nach dem Kriege aufgelöst.

Dieses tragische Schicksal blieb einem Teil der Rußlanddeutschen wegen des schnellen Vormarsches der deutschen Truppen für eine kurze Zeit erspart. Sie kamen unter deutsche und rumänische Besatzung. 1943/44 wurden 350000 Schwarzmeerdeutsche aus dem Gebiet zwischen Dnjepr und Dnjestr ins Wartheland und von dort teilweise nach Deutschland umgesiedelt. Fast alle hatten freiwillig die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Beim Einmarsch der Roten Armee in Deutschland wurden 250.000 davon in die UdSSR verschleppt, wo sie »wegen Verrats der sozialistischen Heimat« zu lebenslänglicher Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt wurden. Sie wurden als »Verräter« viel härter behandelt als die bereits 1941 deportierten Deutschen. Auch für sie wurden Sonderkommandanturen eingerichtet, wo sich die Verbannten regelmäßig melden mußten.



»Flüchtlinge« von Viktor Aul

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145

Chefredakteur: Andrei Tikhomirov, Redaktion: Olga Mehl, Segrei Frank.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru

Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".